Wilhelm-Platze. Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben. Treffpunkt: Festplatz. Kleingeld ist mitzubringen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 26. Juli 1920. Schmn.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Straße Nr. 17. Tel. Nr. 40.

Offene Stellen für: 3 Burschen 14—16 Jahre zur Landwirtschaft, 1 Installationsschlosser über 25 Jahre, 15 Zimmerleute, 10 Maurer, 1 Burschen von 14—16 Jahren für Bäckerei, 1 Fräulein als Kindergärtnerin über 20 Jahre mit Familienanschluß, mehrere landwirtschaftliche Dienstmägde mit und ohne Stallarbeit.

Zuckerkartenausgabe Freitag, den 30. Juli von 5—7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen.

Weida bei Riesa, am 28. Juli 1920. Der Gemeindevorstand.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 27. Juli.

Auch heute sind Haus und Tribünen stark besetzt.

Die Interpellation Dr. Fleischer usw. über die Unterstellung verschiedener Ortschaften Westpreußens unter polnische Oberhoheit wird zunächst verhandelt.

Reichsminister Dr. Simons erklärt sich bereit, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten. Dann wird die

Besprechung der Konferenz von Spa

fortgesetzt. Zur Ergänzung seiner gestrigen Ausführungen über die Auslegung der Ehrenbezeugung vor der französischen Fahne erklärt Reichsminister Dr. Simons, er habe die Reichswehr nicht verletzen wollen. Seine Ausführungen seien mißverstanden worden. Er habe nur die unangebrachte Adjustierung der Truppe, z. B. Mütze statt des Helmes, im Auge gehabt.

Abg. **Stampfer** (Soz.)

spricht sich in großen Zügen zustimmend zu den gestrigen Ministererklärungen aus. Regierung und Reglement haben aber ebenso wie in Spa auch bei den letzten Vorkommnissen, welche der Minister anführte, versagt. Vielleicht werde das Reglement bei der Reichswehr noch öfter versagen, wenn es sich um die Verhaftung der Kapp-Putschleute handele. Die französischen Imperialisten hätten sich anscheinend vorgenommen, alle Dummheiten nachzumachen, welche seinerzeit die deutschen Imperialisten begangen hätten. Gegen die Methode von Spa sei zu protestieren und die Dolmetschertätigkeit Fochs sei zu verurteilen, wie er seinerzeit die Tätigkeit des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk verurteilt habe. Was in Spa verlangt wurde, bedeute eine Vernichtung des Friedensvertrages und einen neuen Krieg. Daß in der Entwaffnungs- und Kohlenfrage die Bedingungen von Spa erfüllt werden müßten, sei wahr. Die Arbeiter wollen dem auch entsprechen in der Ueberzeugung, dadurch dem Allgemeinwohl zu dienen. Redner kommt dann auf die Sozialisierung zu sprechen und verlangt dabei eine zweckmäßige Anpassung der Kapitalisten an diese Idee, damit keine Störung der Betriebe erfolge. Die Sozialisierung des Ruhrgebietes werde auf Frankreich sofort zurückwirken. Der Kampf in Rußland sei der Zusammenprall der kapitalistischen Westmächte und der bolschewistischen Ideen. Deutschland müsse neutral bleiben, nicht aus politischer, sondern aus sozialer Veranlassung. Auch seine Partei gehe mit der bestimmten Hoffnung nach Genf zum internationalen Sozialistenkongreß, dort kein Paria zu sein. Er hoffe, daß auch Deutschland bald diese Rolle nicht mehr zu spielen brauche.

Abg. **Dr. Breitscheid** (Unabh. Soz.):

Ob Spa ein Erfolg gewesen sei oder nicht, sei unwesentlich. Wir haben den Krieg verloren. Das scheint man noch nicht genau zu wissen, daher Versailles und Spa. Die Herren, die vor sechs Jahren leichtfertig den Krieg heraufbeschworen hätten, seien schuldig an unserem Unglück. Mitschuldig seien auch diejenigen, die das sechs Jahre lang mit geduldet hätten. (Protest bei den Sozialdemokraten.) Seine Partei habe von Spa nichts besonderes erwartet; sie sei nur auf der Hut gewesen, daß nicht etwa den Arbeitern noch mehr Lasten aufgebürdet würden. Aber Spa sei noch nicht die letzte Instanz. Wenn Minister Simons im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Ansicht ausgesprochen habe, es werde mit der Reduzierung der Reichswehr wohl nicht so schlimm werden, denn in sechs Monaten könne sich viel ereignen, so frage er nochmals, was damit gemeint sei. Jedenfalls warne er vor jedem Versuch, den Wünschen der Entente zu entschlüpfen. Redner wendet sich gegen die Massierung von Truppen in Ostpreußen und hofft, daß diese Truppen nicht andere Auffassungen von Neutralität haben, als die Regierung. Jedenfalls werde die Arbeiterschaft irgendwelche Unternehmungen gegen Sowjetrußland nicht zulassen, dem er in dem harten Kampfe um die Früchte der Revolution die Grüße der deutschen Brüder zurufe. (Lärm.) Die früheren deutschen Regierungen haben leider den Kampf gegen Rußland durch Waffenlieferungen und Duldung von Werbungen unterstützt. Hoffentlich wird die Entente nicht hierin einen Präzedenzfall erblicken und Forderungen an uns stellen. Jedenfalls wird die Regierung sich dann nicht einschüchtern lassen. Er danke dem Minister Simons für seine verständigen Worte über Rußland und hoffe, daß er sich mit seiner Auffassung durchzusetzen vermöge. Redner polemisiert gegen das Verhalten des Herrn Stinnes in Spa, dessen Ton die Stimmung der Entente gegen uns beeinflußt habe. Redner fragt, ob Maßnahmen getroffen worden seien, welche den Arbeitern die Lebensmittel garantieren und was gegen die Kohlenverschiebungen getan sei. Er sieht in der Sozialisierung das beste Mittel, die Arbeitsfreudigkeit und Energie des Arbeiters zu wecken. Gegen das Ergebnis von Spa wolle er nichts sagen, aber gegen die Methoden, welche die Regierung dort in der Frage der Entwaffnung befolgte, müsse er sich aussprechen. Deshalb könne er der Regierung kein Vertrauen bekunden.

Reichsminister Dr. Simons:

Der Vorredner habe einen Unterschied in der Stellung zum Bolschewismus zwischen ihm und dem Reichskanzler konstruiert. Wenn der Reichskanzler von notwendigen Truppenansammlungen gegen den Bolschewismus gesprochen habe, so habe er damit nicht die Idee des Bolschewismus gemeint, sondern nur die Truppen an der Grenze. Material über die Reichswehrangelegenheiten sei in Spa weder vom Reichskanzler, noch von ihm, noch von General von Seeckt der Entente zugänglich gemacht worden. Im übrigen wolle er konstatieren, daß in seinem Ressort seine Ansichten maßgebend seien und daß er stark genug sei, ihnen Geltung zu verschaffen, sonst werde er gehen. Zur Neutralitätsfrage gegenüber Rußland bemerke er, wir seien nicht so ohnmächtig, daß wir nicht noch um uns schlagen könnten. Aber eine Neutralität, welcher man nicht Achtung verschaffe, sei keine Neutralität, daher die Truppenansammlungen in Ostpreußen. Der angehaltene polnische Zug hat tatsächlich Kriegsmaterial an Bord gehabt und ist nach Coblenz zurückgesandt worden. Es sind auch weder deutsche Offiziere nach Warschau abgereist, noch Deutsche im russischen Heere tätig. Zu seiner heutigen Erklärung in der Fahnenaffäre wolle er bemerken, daß es nicht beschämend sei, einen einmal gemachten Fehler einzugestehen. Im übrigen wolle er ausdrücklich feststellen, daß die Regierung Gewaltanwendung, von welcher Seite sie auch kommen möge, mit ganzer Kraft niederschlagen wird. Der Minister nimmt sodann Herrn Stinnes gegen die Insultationen des Herrn Breitscheid in Schutz. Den Ideen des Bolschewismus müsse er widersprechen, der Bolschewismus sei aber augenblicklich eine Macht, mit welcher man jetzt rechnen müsse. Aber im Innern seien die Verhältnisse jetzt anders geworden. Die Rätediktatur sei schon vorüber. Sozialismus sei etwas ganz anderes, es sei Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Heiterkeit links. Beifall.)

Abg. **Dr. Spahn** (Ztr.)

scheint sich zustimmend zu den Erklärungen des Ministers auszusprechen, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Eine Konferenz in Boulogne.

Ankunft Millerands und Lloyd Georges in Boulogne.

tu. Basel, 28. Juli.

Millerand ist in Boulogne eingetroffen; in seiner Begleitung befanden sich der Finanzminister Marsal, Marschall Foch, General Destrée und Ministerialdirektor Berthilot. Millerand und seine Begleiter begaben sich zum Hafen, um Lloyd George an der Landungsbrücke zu empfangen, der auch bald darauf in Begleitung des Ministers des Aeußern Lord Curzon, Sir Worthingtons, Evans sowie einer Reihe anderer Persönlichkeiten in Boulogne eintraf.

Der „Temps" vom Dienstagabend schreibt zur Konferenz von Boulogne: Wir hoffen aufrichtig, daß Frankreich nicht zwischen einer Politik Englands und einer Politik der Vereinigten Staaten zu wählen haben wird. Wenn aber, was wir nicht wünschen, eine solche Wahl erfolgen müßte, dürften wir die triftigen Gründe, die uns den Vereinigten Staaten nähern, nicht vergessen. Die Vereinigten Staaten sind sich, wie wir, bewußt, daß eine große Demokratie, wie die unsrige, ihre Grundsätze und Einrichtungen verleugnet, wenn sie wegen angeblich materiellen Vorteils mit einem Regime paktiert, das die Verneinung dieser demokratischen Doktrine darstellt. — In gut informierten Kreisen nimmt man an, daß die vom „Temps" wiedergegebene Meinung die Ziele Millerands in Boulogne widerspiegelt.

Die Alliierten zur russisch-polnischen Frage.

In London verlautet, daß bei der Zusammenkunft Millerands mit Lloyd George in Boulogne die russisch-polnische Frage besprochen werden soll. Italien stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es erforderlich sei, die Moskauer Regierung sofort anzuerkennen. Auch Belgien wünscht die Regelung der russischen Vorkriegsschulden auf dem Standpunkt Millerands. Eine Teilnahme Amerikas, Japans und der Randstaaten an der Boulogner Konferenz wird als erwünscht bezeichnet.

Die Pariser Blätter sind sehr schlecht auf die unerwartete Konferenz zwischen Millerand und Lloyd George zu sprechen und warnen vor Uebereilung. Sie sehen ein, daß Frankreich sich nicht abseits halten kann, dringen aber andererseits darauf, daß der Sowjetregierung Bedingungen gestellt werden, u. a. die Anerkennung der russischen Schulden sowie die Verpflichtung, nach dem demokratischen Prinzip auch das Volk zu Rate zu ziehen. Daß das russische Oberkommando die polnischen Parlamentäre erst am 30. Juli erwartet, erweckt Mißtrauen.

Eine weitere Pariser Meldung besagt: In Pariser politischen Kreisen verhält man sich gegenüber der russischen Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen abwartend und steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Rußland erst die Vorkriegsschulden anerkennen müsse, ehe Frankreich an einer Friedenskonferenz teilnehmen könne. Millerand werde seine Entscheidung erst dann treffen, wenn die in Warschau weilenden englischen und französischen Missionen über die Lage berichtet hätten.

Abg. **Hölzsch** (deutschnat.)

meint, die Ergebnisse von Spa seien für seine Partei keine Enttäuschung gewesen, wohl aber die gestrige Rede des Ministers Simons, welcher auch der kleinste Funke nationalen Empfindens gefehlt habe. Mit drei Verpflichtungen war die Delegation nach Spa gegangen: 1. Würde und nationale Festigkeit festzuhalten; 2. Auf keinen uns zustehenden Rechtstitel zu verzichten; 3. Nichts Unerfüllbares zuzusichern. Was ist nun daraus geworden? Die Berichterstattung des WTB. hat es so dargestellt, als seien weltgeschichtliche Fortschritte dort erzielt worden. Es sei ein Auf-den-Kopf-stellen der Tatsachen. Daß man uns im Ausland nicht mehr ganz ernst nimmt, nachdem wie erst die Forderungen als unmöglich bezeichnet und nachher doch angenommen hätten, sei klar. Die einzigen, die stark geblieben seien, waren die Herren Stinnes und Hue. Im übrigen entsprach die Delegation den Forderungen unserer nationalen Würde nicht. Der Einmarsch ins Ruhrgebiet wäre ein Rechtsbruch gewesen. Wenn die Delegation dieser Auffassung nicht entsprechenden Nachdruck verliehen habe, sondern nur die Unterzeichnung im Protokoll ablehnte, so verstieß sie auch gegen ihre zweite Aufgabe. An die technische Erfüllbarkeit der Entwaffnungsvorschriften glaube er nicht. In der Kohlenfrage sei Unmögliches zugesichert worden. Auch sei über mangelhafte Statistik geklagt worden. Das habe in Spa den schlechtesten Eindruck gemacht. Redner führt Beispiele dafür an, daß rund 25 Prozent der industriellen Betriebe zur Stillegung gebracht werden müßten, wenn das Kohlenabkommen in Kraft träte. Die fünf Goldmark seien als ein Almosen anzusehen. Von der Genfer Konferenz erwarte er ebenfalls nichts. Mit dem Bolschewismus sei es aus. Er glaube nicht an den Einmarsch in das Ruhrgebiet. Die Delegation hätte festbleiben müssen. Seine Partei lehne die Billigung dieses Verhaltens ab, und fordere die Revision des Friedens von Versailles. Redner kritisiert die Stellungnahme des Außenministers zu den auswärtigen Staaten. So stehen z. B. die humanitären Bestrebungen in Amerika in gar keinen Beziehungen zu der dortigen Regierung. Mit der Neutralitätserklärung im Osten sei er einverstanden. Die ungeheuren Leistungen Rußlands ständen nur auf dem Papier. Die Zurückdrängung Polens auf seine ethnographische Basis sei zu begrüßen. Redner schließt mit dem Hinweis, daß nur eine rationelle Wirtschaftspolitik dem Vaterlande helfen könne und appelliert an die Regierung, diese durchzuführen.

Reichskanzler Fehrenbach:

Die Rede des Abg. Hölzsch war so aufgebaut, als sei sie am 27. Juli 1914 gehalten worden, nicht jetzt, wo die Tage von Versailles und Spa da waren. Wie hätten wir wohl auf unserem Kopf bestehen bleiben sollen? Auch an unserem guten Willen und Glauben an unseres Vaterlandes Zukunft hat der Vorredner gezweifelt. Der Außenminister habe als ehrlicher Mann gesprochen, wie die Verhältnisse liegen. Da sei es doppelt schmerzlich, solche Worte und Vorwürfe anhören zu müssen. Das Parlament könne dem Minister nur dankbar sein, daß er frei und offen alle Fragen der auswärtigen Politik besprochen und damit bewiesen habe, daß nichts verheimlicht werden solle. Diese Art würde allmählich im deutschen Volke mehr Verständnis finden und auch im Auslande nicht unbeachtet bleiben. In der militärischen Frage sei tatsächlich die Entente am Vorabend der Konferenz in Brüssel erst schlüssig geworden, in dieser Angelegenheit zu verhandeln, im übrigen sei es aber der Entente selbst bis zu Beginn der Verhandlungen sehr lieb gewesen. Am Dienstag haben wir dann auseinandergesetzt, daß wir die Entwaffnung nicht vornehmen können, wenn gleichzeitig die Reichswehr reduziert werde, und dabei habe er gleichzeitig über die bolschewistische Frage im Osten gesprochen, ohne ein Urteil über den Bolschewismus selbst sich anzumaßen. Wenn der Vorredner uns vorwirft, wir hätten die nationale Würde und Festigkeit verletzt, so habe er sich die Sache sehr leicht gemacht. Der Vorwurf, wir hätten Rechtstitel aufgegeben, auf die wir nicht hätten verzichten dürfen, trifft nicht zu. Die Entente hat ausdrücklich erklärt, es komme gar nicht darauf an, ob wir in der Besetzungsfrage unterschreiben wollten oder nicht. Damit hätten wir uns also doch nichts ergeben. Auch in der Kohlenfrage seien wir fest geblieben bis zuletzt. Unsere Unterschrift schließe außerdem den Artikel 7 vollständig aus. Der dritte Vorwurf, wir hätten Unerfüllbares unterschrieben, sei schwer zu beantworten, da man über den Begriff unerfüllbar verschiedener Ansicht sein könne. Die Entwaffnung müsse bis 1. September erledigt sein, und hierzu muß das ganze Volk mithelfen. Schwierigkeiten bieten alle diese Fragen, aber unerfüllbar seien sie nicht. Mit der Kohlenfrage sei es nicht anders. Zur Ehrenhaftigkeit der Alliierten müssen wir das Vertrauen haben, daß uns aus Oberschlesien 3—400 000 Tonnen zukommen könnten. Was hätten wir erreicht, wenn wir fest geblieben wären und die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten und die gesamte deutsche Industrie lahmlegten? Schließlich wären die Arbeiter den Lockungen der Entente doch gefolgt, und dann wäre Süddeutschland auf Kosten Norddeutschlands mit Kohlen gestützt worden und damit der Zwiespalt großgezogen, den die Franzosen so gern wollten. Die Delegation sehe dem Urteil des Hauses gern entgegen. Wir sind gern bereit, den Vorredner oder einen seiner Freunde nach Genf zu schicken. Vielleicht wird ihnen dort zum Bewußtsein kommen, daß sie zu einem geschlagenen Volke gehören und statt zu befehlen verhandeln müssen. Unsere Kritik werden sie sich dann freilich auch gefallen lassen müssen. (Beifall.)

Nach Genehmigung einer Reihe kleiner Vorlagen vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr; außerdem Interpellationen wegen des Reichseisenstreiks.

Schluß 7½ Uhr.

Vertrauensvotum für das Kabinett?

Die Blockparteien im Reichstag haben einen Antrag eingebracht, der dem Kabinett Fehrenbach das Vertrauen des Hauses ausspricht. Daraufhin beabsichtigt die Deutschnationale Volkspartei, einen Gegenantrag zu stellen, der sowohl das Ergebnis von Spa als auch die Haltung der deutschen Delegation als nicht befriedigend bezeichnet.

Laut „Vossischer Zeitung" haben die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen in Spa unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, rückhaltlos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Eine schlechte Ernte?

Aus Berlin berichtet man uns:

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der süddeutschen Länder haben dieser Tage in einer in Würzburg gefaßten Entschließung Richtlinien für und gegen die Beibehaltung der Zwangswirtschaft aufgezeigt, von denen sie wünschen, daß sie vom Reichsernährungsministerium voll berücksichtigt werden, widrigenfalls die süddeutschen Landesregierungen selbständig im Sinne ihrer Entschließung vorzugehen sich vorbehalten. In der Hauptsache besteht nun freilich Uebereinstimmung zwischen diesen süddeutschen Ministern und dem Berliner Zentralressort, namentlich hinsichtlich der Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide, Milch und Butter. Ueber Fleisch und Fett dürften hingegen noch Meinungsverschiedenheiten auszugleichen sein. An Aenderung in der Getreidewirtschaft scheint in absehbarer Zeit nicht gedacht werden zu können, denn wir haben für jetzt hier mit der Wahrscheinlichkeit einer Mißernte zu rechnen. Von sachkundiger Seite wird in der „Deutschen Tageszeitung" dargelegt, daß in den uns verbliebenen Ostprovinzen der Roggen schlechte Körnerbildung zeigt und daß infolge sonnenarmer Witterung und starken Rostbefalles die erwartete schwache Mittelernte auf einen sehr schlechten Ernteausfall herabgedrückt ist. Die Reichsgetreidestelle wird auf Grund der Frühdruschergebnisse ja bald in der Lage sein, sich ein verläßliches Bild über den Ausfall der Brotgetreideernte zu machen, so daß, wenn sich die Notwendigkeit herausstellt, unverzüglich der gegenwärtige günstigere Valutastand zu Brotgetreidekäufen im Ausland wird nutzbar gemacht werden müssen. Zu Besorgnissen, daß die Vorratsdecke für die Dauer des Verbrauchsjahres nicht ausreichen könnte, liegt wohl kein Grund vor. Denn erfahrungsgemäß liefert eine restlose Erfassung der vorhandenen Inlandsvorräte immer noch ansehnliche Mengen Getreide zutage. Auf die Gewißheit solcher Erfassung also kommt viel an, und der Fachmann der „Deutschen Tageszeitung" empfiehlt als besonders geeignet hierfür eine genügend hohe gerichtliche Bewertung des knappen Brotgetreides. Da muß doch geltend gemacht werden, daß der gegenwärtige Brotpreis eine weitere Erhöhung nicht verträgt. Es sind angeblich Erwägungen im Gange, die Brotration zu erhöhen. Davon wird man nun wohl Abstand nehmen. Wohl aber erscheint die Frage einer Gewährung von Reichszuschüssen der Prüfung wert, sei es auch nur, um eine neue unerträgliche Brotverteuerung hintanzuhalten. Auch die Hackfruchternte dürfte übrigens nur mittelmäßig werden.

Die Lebensmittelvorschüsse der Entente.

Als erste Auswirkung der in Spa getroffenen Vereinbarungen darf der Beschluß der Regierungen von England, Frankreich, Italien und Belgien betrachtet werden, Vorschüsse an Deutschland zu gewähren, die zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bergleute dienen sollen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist bereits dem Finanzausschuß der französischen Kammer überwiesen worden, und man kann annehmen, daß auch die übrigen genannten Regierungen in allernächster Zeit diesem Beispiel folgen. Damit wird der deutschen Regierung die Möglichkeit gegeben, auf neutralen, wie auch auf französischen, englischen, italienischen und belgischen Märkten Lebensmittel einzukaufen, deren Bezahlung durch die von diesen Regierungen gewährten Kredite gewährleistet wird. Diese Kredite werden wiederum gedeckt durch die bekannte Goldprämie auf unsere Kohlenlieferungen und durch den Weltmarktpreis, der uns für einen Teil dieser Lieferungen zugestanden worden ist.

Herabsetzung der Fleischpreise in Anhalt.

Einem Telegramm des „Berl. L.-A." aus Dessau zufolge, sind im Freistaat Anhalt die Fleischpreise beträchtlich herabgesetzt worden. Im Kreise Köthen sind derart viel überschlachtreife Schweine vorhanden, daß eine Sonderzuweisung von Fleisch an die Bevölkerung erfolgen kann.